

# Aufrüsten, fertig, los?

Der Ukraine-Krieg hat im Bundeshaus sofort eine Debatte über die Schweizer Armee ausgelöst. Auch Ostschweizer fordern mehr Mittel.

Adrian Vögele aus Bern

Kaum hatten die Russen die Ukraine angegriffen, lag die Forderung in Bundesbern auf dem Tisch: Die Schweizer Armee soll sofort aufrüsten – mit mehr Geld, mehr Personal, mehr Material. FDP und SVP verlangen eine Erhöhung des Armeebudgets von fünf auf sieben Milliarden und eine Aufstockung der Truppe um 20 000 Armeeingehörige. Heute sind rund 140 000 Personen in der Armee eingeteilt.

Ostschweizer Bürgerliche unterstützen das: Die Motion von FDP-Präsident Thierry Burkart im Ständerat etwa haben auch Andrea Caroni (FDP/AR), Jakob Stark (SVP/TG) und Brigitte Häberli-Koller (Die Mitte/TG) unterschrieben.

## Armeeauftrag «ohne Wenn und Aber erfüllen»

Häberli-Koller, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SIK), sagt dazu auf Anfrage: «Ich finde es richtig, dass aufgrund der Tatsache, dass in Europa Krieg herrscht, die Situation der Schweizer Armee überprüft wird und allenfalls entsprechende zusätzliche Mittel gesprochen werden.» Die Schweiz brauche eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee, «welche ihren Auftrag ohne Wenn und Aber erfüllen kann».

Auch Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher (FDP/SG) stellt sich hinter den Vorstoss: «Die Geschehnisse in der Ukraine haben uns brutal vor Augen geführt, dass massgebende Annahmen hinsichtlich Wahrscheinlichkeit und Art kriegerischer Auseinandersetzungen in Europa überholt sind.»

## Dobler: «Es drängen sich diverse Investitionen auf»

Andere Bürgerliche wollen noch weiter gehen. Die Schweiz gebe 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für ihre Verteidigung aus, sagt Nationalrat Marcel Dobler (FDP/SG) – «das ist im internationalen Vergleich sehr wenig». Wenn das Budget für die Armee um zwei Milliarden erhöht werde, sei das immer noch halb so viel wie in den Nato-Staaten. Eine Aufstockung, wie sie FDP und SVP fordern, sei notwendig: «Es drängen sich diverse Investitionen



Schuhkontrolle bei der Ehrengarde: Die Schweizer Armee ist wegen des Ukraine-Konflikts fast über Nacht zum Politikum geworden. Bild: KEY

bis 2035 auf, weil Kriegsmaterial das Ende der Nutzungsdauer erreicht.»

Dobler spricht sich dafür aus, die zusätzlichen zwei Milliarden als gesonderten Beitrag zu bewilligen – so könne man die Beschaffung von zeitgemäßem Material beschleunigen. Was die Rekrutierung betrifft, so habe er Sympathien für die Wiedereinführung der Gewissensprüfung, sagt Dobler: «Das heutige in der Praxis gelebte Wahlrecht zwischen Zivildienst und Armeedienst entspricht meiner Meinung nach nicht der Verfassung.» Unverständlich sei auch, dass Schweizer Kampfflugzeuge aus politischen Gründen keine Bodenziele angreifen dürften. «Die Präzision der Waffensysteme hat die politische Diskussion längst überholt.»

## Reimann will doppelt so viele neue Kampffjets

Lukas Reimann (SVP/SG) sagt, das aktuelle Konzept «Armee 21» rechne mit einer Aufrüstungszeit über zehn Jahre – weil ein Krieg in Europa angeblich auf zehn Jahre hinaus absehbar sei. Dieses Konzept habe versagt und sei sofort zu streichen. Reimann verlangt zunächst eine Stärkung der Luftwaffe: «Wir sollten umgehend die Be-

schaffung von 72 anstatt nur 36 F-35-Flugzeugen sicherstellen.»

Die Ukraine-Invasion zeige, wie entscheidend die Lufthoheit sei. Sodann müsse die Schweiz über eine Wiederaufstockung auf mindestens 500 000 Armeeingehörige diskutieren, ebenso die Beschaffung neuer schwerer Waffen wie Panzer und Artillerie. «Die einzige

«Nur mit glaubwürdiger Abschreckung kann man Kriege verhindern.»



Lukas Reimann  
St.Galler SVP-Nationalrat

Möglichkeit, einen Krieg zu verhindern, ist letztlich eine glaubwürdige Abschreckung.»

Solche Szenarien stossen allerdings auch unter Bürgerlichen auf Vorbehalte. Christian Lohr (Die Mitte/TG) sagt: «Der massive Ausbau der Armee hätte schwerwiegende Folgen für die Gesellschaft und Wirtschaft in unserem Land und ist deshalb

«Die Bürgerlichen fallen zurück in die Logik des Kalten Krieges.»



Franziska Ryser  
St.Galler Grünen-Nationalrätin

sehr heikel.» Die Rekrutierung sei hierbei nur einer von verschiedenen Aspekten. Die Sicherheitspolitik müsse einen höheren Stellenwert erhalten, «die Massnahmen zur Stärkung der Sicherheit müssen aber in der Ganzheit verantwortungsvoll bleiben».

## Lohr verlangt seriöse Abklärungen

Auch für Lohr ist jedoch klar: «Die Sicherheitssituation in Europa – dies zeigt der Krieg in der Ukraine – wurde leider falsch eingeschätzt.» Die Frage, wie sich die Schweiz inskünftig schützen könne, müsse jetzt vertieft analysiert werden. Lohr hält eine Erhöhung der Mittel für die Armee für nötig. Jedoch sei es entscheidend, «dass wir zuerst die vorhandenen Fähigkeiten bezüglich Personal, Taktik und Material prüfen, bevor wir uns auf Zahlen und Forderungen festlegen». Der Bedarf müsse jetzt seriös abgeklärt werden, das liege primär in der Verantwortung der Führungskräfte der Armee.

Thomas Rechsteiner (Die Mitte/AL) ist ebenfalls offen für eine Aufstockung des Armeebudgets, verlangt aber, dass zuerst die pendenten Armeegeschäfte abgeschlossen werden.

Das gelte insbesondere für die Beschaffung der F-35: «Die Offerte für die 36 neuen Kampffjets ist noch nicht unterschrieben. Ich verlange, dass Verteidigungsministerin Viola Amherd den Vertrag jetzt unterzeichnet.»

Das bedeutet zugleich: Das Verteidigungsdepartement soll nicht abwarten, ob die Anti-F-35-Initiative von SP und Grünen erfolgreich ist oder nicht. Die Spitzen von SVP und FDP hatten die Initianten bereits aufgefordert, die Unterschriftensammlung zu stoppen.

## SP, Grüne: «Populistischer Schnellschuss»

Bei Links-Grün kommt das alles sehr schlecht an. Ständerat Paul Rechsteiner (SP/SG) sagt, es sei «unwürdig», dass die Tragödie in der Ukraine jetzt genutzt werde, um Stimmung zu Gunsten eines Ausbaus der Schweizer Armee zu machen.

Nationalrätin Franziska Ryser (Grüne/SG) kritisiert, die entsprechende Forderung von SVP und FDP sei «plump und ein populistischer Schnellschuss»: «Die Bürgerlichen fallen zurück in die Logik des Kalten Krieges.» Ein Wettrüsten sei der falsche Weg. Es stärke Kräfte wie Russland, die in Waffen statt in Schulen und Spitäler investieren würden. «Mit der Logik der FDP und SVP müsste die Schweiz ja jetzt auch Atomwaffen beschaffen.» Tatsache sei aber: «Die Schweiz wird sich auch mit einem höheren Budget militärisch nicht allein verteidigen können. Wir brauchen zunächst eine sorgfältige Analyse und dann den Entscheid, wofür wir unsere Mittel investieren wollen.»

Bei der Überprüfung der Sicherheitspolitik dürfe es nicht nur um die Armee gehen: Dazu gehöre auch die Frage der Abhängigkeit von russischem Gas oder die Frage der Rüstungskontrolle. So habe die Schweiz beispielsweise den Atomwaffenverbotsvertrag noch immer nicht unterschrieben und erlaube indirekte Investitionen in Atomwaffenproduzenten, sagt Ryser. «Und der Handel mit russischem Erdgas half nicht nur, diesen Krieg zu finanzieren, er macht Europa auch abhängig.» Eine nachhaltige Energiepolitik sei damit auch sicherheitspolitisch relevant.

## Die Tourismusrechnung stabilisieren

**Vernehmlassung** Die Tourismusförderung im Kanton St. Gallen soll auf eine solide finanzielle Basis gestellt werden. Das schreibt das Volkswirtschaftsdepartement in einer Mitteilung. Der Bestand des Tourismusfonds sei seit Jahren rückläufig und werde ab dem Jahr 2024 nicht mehr ausreichen, um die Tourismusförderung im heutigen Umfang aufrechtzuerhalten.

Mit dem II. Nachtrag zum Tourismusgesetz soll die Touris-

musrechnung nun stabilisiert werden. Der Gesetzesentwurf geht jetzt in die Vernehmlassung. Die Frist für Eingaben läuft bis zum 14. April 2022.

## Einmaleinlage von 2,2 Millionen Franken

Erreicht werden die Ziele den Angaben zufolge mit einer Einmaleinlage von 2,2 Millionen Franken aus dem besonderen Eigenkapital des Kantons im Jahr 2023. Der Betrag gehe zurück auf den Verzicht auf die Er-

hebung der Gastwirtschafts- und Beherbergungsabgaben in den Pandemie Jahren 2020 und 2021. Zudem solle die Kursaalabgabe des B-Casinos Bad Ragaz neu vollumfänglich der Tourismusrechnung gutgeschrieben werden und nicht mehr je zur Hälfte der Tourismusrechnung und dem allgemeinen Staatshaushalt.

Der allgemeine Haushalt wird dadurch eine jährliche Mindereinnahme von rund 900 000 Franken verzeichnen.

Im Zuge dieser Änderung werden der Kantonsratsbeschluss über die Unterstützung touristischer Vorhaben aufgehoben und die darin vorgesehenen kantonalen Beiträge an einzelne Hotelbauten auf dem Gebiet politischer Gemeinden, die eine Kurtaxe erheben, gestrichen, schreibt die Regierung. Die bestehenden Unterstützungsmöglichkeiten im Rahmen der Neuen Regionalpolitik (NRP) seien von dieser Änderung nicht betroffen. (red)

## Renovationen im Fokus

**Umwelt** Die OST – Ostschweizer Fachhochschule leitet zwischen 2022 bis 2025 zusammen mit der Uni Genf ein 7,5 Millionen Franken umfassendes Projekt zu Renovationen in der Schweiz. Rund die Hälfte werde durch die Schweizer Agentur für Innovationsförderung Innosuisse finanziert, heisst es in einer Mitteilung. Die 16 Forschungs- und 46 Umsetzungspartner sowie Behörden wollen eine Renovationswelle für energetische Sanierungen auslösen. Man sei sich einig, dass sich der Fokus

auf Renovationen verschieben müsste, um die Schweizer Klimaziele zu erreichen. Ziel ist es, energetische Modernisierungen leichter zu machen – technisch, finanziell und regulatorisch. Neben dem SPF Institut für Solartechnik der OST sind seitens der Ostschweizer Fachhochschule an allen drei Standorten in Rapperswil-Jona, St. Gallen und Buchs auch noch das IET Institut für Energietechnik, das IES Institut für Energiesysteme sowie das OZG Zentrum für Gemeinden der OST beteiligt. (red)